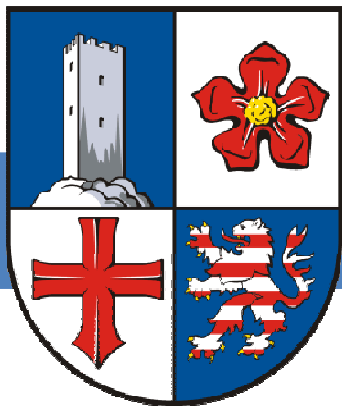


**2016**



## 2. Finanz- und Controllingbericht



Kreis Bergstraße

31.08.2016

## **Vorbemerkungen zum Finanzteil des Berichts**

Nach § 28 GemHVO ist der Kreisausschuss verpflichtet, dem Kreistag mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt seit 2008 durch zwei Finanz- und Controllingberichte je Haushaltsjahr. Im Finanzteil des vorliegenden Berichts wird im Ergebnishaushalt auf Gesamthaushaltsebene sowie auf der Ebene der Teilhaushalte die jeweilige Entwicklung des Haushaltsvollzugs zum 31.08.2016 abgebildet und eine Prognose zum Ende des Haushaltsjahres 2016 abgegeben. Die Prognose basiert auf der Einschätzung der Produktverantwortlichen. Hierzu wurden die Produktverantwortlichen gebeten, bereits absehbare, haushaltswirksame Veränderungen, die 5 T€ je Produkt und Aufwands- bzw. Ertragsart überschreiten, mitzuteilen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die Versorgungsaufwendungen und die Abschreibungen werden erst am Jahresende gebucht. Um eine realistischere Auswertung des Gesamtergebnisses zu gewährleisten, wurde bei diesen Positionen (kalkulatorisch) ein Buchungsstand zum 31.08.2016 unterstellt, der exakt 2/3 des Ansatzes entspricht. Beim Finanzhaushalt wurden die Investitionen und die Kreditaufnahme dargestellt. Außerdem wird über die seit dem letzten Berichtsstichtag aufgenommen Kredite und abgeschlossenen Derivativen Finanzinstrumente berichtet. Des Weiteren sind im Rahmen der Berichterstattung zum Kommunalen Schutzschirm die Veränderungen nach Produktbereichen gegliedert separat dargestellt. Ferner wird unter Teilhaushalt 1 über Fallzahlen und Volumen bei den Insolvenzen, den Niederschlagungen und den Stundungen, über die Zahl der Vollstreckungsfälle sowie über die Einnahmen aus der zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen berichtet.

## **Vorbemerkungen zum Controllingteil des Berichts**

Zu 25 der 68 Produkte im Haushaltsplan 2016 wurden 45 Ziele mit 50 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

- Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 31. August 2016
- Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2016 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad
- Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:
  - Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 38 Kennzahlen = 76 %)
  - Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 11 Kennzahlen = 22 %)
  - Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht neben den Daten aus dem 1. diesjährigen Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 – 2015 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

## Gesamtergebnishaushalt

Pos.	Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	34.780 €	35.495 €	715 €	2,1%	24.977 €	71,8%
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.960.100 €	8.727.075 €	766.975 €	9,6%	6.096.634 €	76,6%
03	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	36.936.068 €	20.245.066 €	-16.691.002 €	-45,2%	6.795.332 €	18,4%
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen						
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge	186.200.000 €	186.200.000 €	0 €	0,0%	123.936.876 €	66,6%
06	Erträge aus Transferleistungen	75.921.480 €	77.888.076 €	1.966.596 €	2,6%	48.189.404 €	63,5%
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	119.276.564 €	112.231.548 €	-7.045.016 €	-5,9%	64.807.830 €	54,3%
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.916.100 €	4.916.100 €	0 €	0,0%	1.638.700 €	33,3%
09	Sonstige ordentliche Erträge	183.800 €	173.180 €	-10.620 €	-5,8%	16.138 €	8,8%
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>431.428.892 €</b>	<b>410.416.540 €</b>	<b>-21.012.352 €</b>	<b>-4,9%</b>	<b>251.505.891 €</b>	<b>58,3%</b>
11	Personalaufwendungen	36.636.700 €	36.359.000 €	-277.700 €	-0,8%	22.387.825 €	61,1%
12	Versorgungsaufwendungen	4.680.000 €	4.680.000 €	0 €	0,0%	1.560.000 €	33,3%
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.262.217 €	34.822.171 €	-4.440.046 €	-11,3%	19.829.436 €	50,5%
14	Abschreibungen	4.813.191 €	4.823.191 €	10.000 €	0,2%	1.604.397 €	33,3%
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	69.523.811 €	66.855.311 €	-2.668.500 €	-3,8%	45.431.618 €	65,3%
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen	50.897.000 €	50.093.712 €	-803.288 €	-1,6%	33.501.521 €	65,8%
17	Transferaufwendungen	214.425.008 €	189.865.294 €	-24.559.714 €	-11,5%	115.937.457 €	54,1%
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.500 €	7.500 €	0 €	0,0%	6.770 €	90,3%
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>420.245.427 €</b>	<b>387.506.179 €</b>	<b>-32.739.248 €</b>	<b>-7,8%</b>	<b>240.259.024 €</b>	<b>57,2%</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>11.183.465 €</b>	<b>22.910.361 €</b>	<b>11.726.896 €</b>	<b>104,9%</b>	<b>11.246.867 €</b>	<b>100,6%</b>
21	Finanzerträge	1.137.250 €	155.016 €	-982.234 €	-86,4%	84.760 €	7,5%
22	Finanzaufwendungen	8.417.650 €	6.696.650 €	-1.721.000 €	-20,4%	1.736.040 €	20,6%
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-7.280.400 €</b>	<b>-6.541.634 €</b>	<b>738.766 €</b>	<b>-10,1%</b>	<b>-1.651.280 €</b>	<b>22,7%</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>3.903.065 €</b>	<b>16.368.727 €</b>	<b>12.465.662 €</b>	<b>319,4%</b>	<b>9.595.587 €</b>	<b>245,8%</b>
25	Außerordentliche Erträge	6.106.400 €	9.579.717 €	3.473.317 €	56,9%	9.025.464 €	147,8%
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.054.850 €	2.339.381 €	284.531 €	13,8%	1.579.581 €	76,9%
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>4.051.550 €</b>	<b>7.240.336 €</b>	<b>3.188.786 €</b>	<b>78,7%</b>	<b>7.445.883 €</b>	<b>183,8%</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>7.954.615 €</b>	<b>23.609.063 €</b>	<b>15.654.448 €</b>	<b>196,8%</b>	<b>17.041.470 €</b>	<b>214,2%</b>

Das **Jahresergebnis** verbessert sich gegenüber dem vom Kreistag am 07.12.2015 beschlossenen und von der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 18.02.2016 genehmigten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 voraussichtlich um rd. 15.654 T€ auf einen Überschuss von rd. 23.609 T€. Gegenüber der Prognose im 1. Finanz- und Controllingbericht ist das eine nochmalige Verbesserung um rd. 3.672 T€. Für insgesamt 49 Produkte des Kreishaushalts wird im Jahresergebnis eine Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert, für 13 Produkte wird mit einer Verschlechterung gerechnet, bei 6 Produkten werden keine Abweichungen von den Ansätzen prognostiziert. Für das **Ordentliche Ergebnis** ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung von rd. 12.466 T€ gegenüber dem Haushaltsplan und um rd. 2.984 T€ gegenüber der Prognose im ersten Bericht. Das entspricht einer positiven Abweichung vom vereinbarten **Konsolidierungspfad** i. H. von rd. 30.612 T€ bzw. 116,55 € je Einwohner. Damit ist nach wie vor gewährleistet, dass die Vorgaben, die sich aus dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen im Rahmen der Teilnahme am kommunalen Schutzschirm des Landes ergeben, erfüllt werden.

Sowohl die ordentlichen Erträge (- 21.012 T€) als auch die ordentlichen Aufwendungen (- 32.739 T€) verringern sich. Das prognostizierte **Verwaltungsergebnis** verbessert sich somit um rd. 11.727 T€ gegenüber dem Haushaltsplan und um weitere rd. 2.347 T€ gegenüber der Prognose des 1. Berichts. Auf der Ertragsseite verringern sich primär die Kostenersatzleistungen und -erstattungen sowie die Zuweisungen und Zuschüsse. Die Transfererträge hingegen werden sich erhöhen. Auf der Aufwandsseite sind v. a. die Transferaufwendungen, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, die gesetzlichen Umlagen sowie die Personalaufwendungen rückläufig. Das **Finanzergebnis** stellt sich mit einer prognostizierten Verbesserung von rd. 739 T€ ebenfalls positiv dar. Im **Außerordentlichen Ergebnis** wird zudem mit Verbesserungen i. H. v. rd. 3.189 T€ gerechnet.

Bei den **Personalaufwendungen** wird gegenüber der Veranschlagung insgesamt eine Einsparung i. H. v. 277,7 T€ prognostiziert. Im 1. Bericht wurde noch von einem Mehrbedarf i. H. v. 103,3 T€ ausgegangen. Diese positive Entwicklung ist wie folgt zu begründen:

Mehraufwendungen entstehen im Bereich der Abteilung Soziales, des Jugendamtes und des Ausländer- und Migrationsamtes, bedingt durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen in Höhe von rd. 355,0 € sowie aus einem voraussichtlich erhöhten Aufwand für Auszubildende in Höhe von rd. 114,0 T€. Ferner sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 1,0 T€ aus einer Erhöhung der Beiträge zur Unfallversicherung zu verzeichnen. Einsparungen in Höhe von rd. 50,0 T€ werden aufgrund nicht steuerbarer Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer prognostiziert. Ferner hatten Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen bis zum Stichtag 31.08.2016 gegenüber der Veranschlagung zum Haushalt 2016 Minderausgaben in Höhe von rd. 282,0 T€ zur Folge. Zusätzlich können nach dem derzeitigen Stand - bedingt durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen – gegenüber der Veranschlagung bis zum Jahresende voraussichtlich Einsparungen in Höhe von rd. 415,7 T€ erzielt werden. Diese Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere: verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteilen) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten).

## Teilhaushalt 01 – Zentrale Verwaltung

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	8.801.760 €	8.791.491 €	-10.269 €	-0,1%	4.927.421 €	56,0%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	25.930.661 €	25.819.911 €	-110.750 €	-0,4%	13.735.322 €	53,0%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-17.128.901 €</b>	<b>-17.028.420 €</b>	<b>100.481 €</b>	<b>-0,6%</b>	<b>-8.807.901 €</b>	<b>51,4%</b>
Finanzergebnis	80.000 €	56.000 €	-24.000 €	-30,0%	41.997 €	52,5%
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-17.048.901 €</b>	<b>-16.972.420 €</b>	<b>76.481 €</b>	<b>-0,4%</b>	<b>-8.765.904 €</b>	<b>51,4%</b>
Außerordentliches Ergebnis	16.500 €	139.315 €	122.815 €	744,3%	42.420 €	257,1%
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-17.032.401 €</b>	<b>-16.833.105 €</b>	<b>199.296 €</b>	<b>-1,2%</b>	<b>-8.723.484 €</b>	<b>51,2%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 76,5 T€ gegenüber dem Ansatz und um rd. 150 T€ gegenüber dem 1. Bericht. Ertragseinbußen bei den Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (- 55,9 T€) sowie höhere Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen (+ 177,4 T€) können durch höhere Kostenersatzleistungen und -erstattungen (+ 43,5 T€) und Einsparungen beim Personalaufwand (- 302,1 T€) kompensiert werden. Ferner erhöhen sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen um rd. 15,0 T€, während sich die sonstigen ordentlichen Erträge um rd. 12,9 T€ verringern. Bei den Finanzerträgen wird mit Einbußen i. H. v. 24 T€ gerechnet.

Bei den *Pfändungs- und Vollstreckungsgebühren der Kreiskasse* wird mit Einbußen i. H. v. 50 T€ gerechnet. Die Hochrechnung der seitherigen Erträge bis zum Jahresende ergibt rd. 168 T€. „Sicher“ sind zusätzlich rd. 11 T€ für die Anforderung der Kostenerstattung von I-NW für die Vollstreckungstätigkeit der Kreiskasse sowie rd. 10,2 T€ für die noch ausstehende Umbuchung (30.09.16) offener Zahlungen aus Kostenerstattungen der GEZ und der IHK. Bei den *Gebührenerträgen des Ordnungs- und Gewerbewesens* ist der Ansatz zum Berichtszeitpunkt bereits um rd. 32 T€ überschritten. Der weitere Verlauf bis zum Erstellungszeitpunkt dieses Berichts lässt zum Jahresende geschätzt Mehrerträge von rd. 100 T€ erwarten. Deutliche Mehrereinnahmen entstehen durch neue Aufgaben i. V. m. §§ 34 a und i GewO sowie einer Erhöhung der Anzahl der kleinen Waffenscheine. Die *Gebührenerträge der Fleischhygiene* werden sich voraussichtlich um 100 T€ gegenüber der Veranschlagung verringern. Grund hierfür ist die Schließung eines Schlachthofes, welche zu weniger Einnahmen führt.

Die Erträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen beim Produkt *Haushaltsplanung und Finanzmanagement* erhöhen sich um 43,5 T€. Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen daraus, dass der Beitrag der Inhaltsversicherung (rd. 38 T€) entgegen der Vereinbarung beim Kreis abgebucht wurde und vom Eigenbetrieb L-SG zu erstatten ist. Die Aufwendungen für Versicherungen erhöhen sich analog.

Bei den *Personalaufwendungen* wird in diesem Teilhaushalt mit Wenigeraufwendungen i. H. v. insgesamt 302,1 T€ gerechnet. Aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung ist bei den Produkten *Zentrales Controlling* (+ 44,2 T€) und *Repräsentation u. Kontaktpflege* (+ 134,6 T€) mit Mehraufwendungen zu rechnen. Des Weiteren erhöht sich der Personalaufwand im Bereich *Verwaltungsführung und -steuerung* um 145,5 T€ durch die inzwischen vollzogenen Änderungen im Bereich der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Aufgrund von befristeten Arbeitsverhältnissen durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen wird zudem mit einem Mehraufwand i. H. v. 15,6 T€ beim Produkt *Aufenthalts-, Personenstandsrecht u. Ausländerbeauftragte* kalkuliert. Aufgrund von Stellenvakanzen sowie Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung ergeben sich dagegen Einsparungen beim Personalaufwand bei folgenden Produkten:

- Pressearbeit (- 44,6 T€)
- Zentrale Dienste und Fuhrpark (- 203,9 T€)
- Beschäftigtenvertretung (- 41,6 T€)
- Rechtsberatung und -betreuung (- 94,9 T€)
- Haushaltsplanung und Finanzmanagement (- 44,2 T€)
- Zulassungs- und Führerscheinenwesen (- 57,5 T€)

Außerdem ergeben sich Einsparungen i. H. v. 155,3 T€ beim Produkt *Fleischhygiene* aufgrund von Erkrankungen ohne Lohnfortzahlung sowie bedingt durch die Schließung des Schlachthofes Bensheim.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* erhöhen sich um rd. 177,4 T€. Dieses Verschlechterung ist auf einen Mehraufwand (+ 35,5 T€) für Versicherungen im Produkt *Haushaltsplanung und Finanzmanagement* (siehe oben) sowie auf einen Mehrbedarf von 40 T€ beim Produkt *Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte* zurückzuführen, da durch die gestiegene Anzahl der Asylbewerber Mehraufwendungen für Vordrucke und elektronische Aufenthaltstitel (eAT) entstehen. Des Weiteren entstanden beim Produkt *Wahlen und Statistik* Mehrkosten i. H. v. 27,4 T€ im Rahmen der Kommunalwahl, insbesondere für die Stimmzettel. Außerdem wurden im Produkt *Zentrale Dienste und Fuhrpark* HH-Reste aus 2015 i. H. v. rd. 60 T€ verausgabt.

#### **Forderungswesen: Insolvenzen, Niederschlagungen, Stundungen / Forderungen in der Vollstreckung / Zentrale Rückstandsdatei**

Zurzeit gibt es 615 **Insolvenzfälle** mit einem Gesamtvolumen von 1.395.280,56 €. Zwischen dem 01.01.2016 und dem 31.08.2016 gab es 490 **Niederschlagungen** mit einem Gesamtvolumen von 281.103,41 € und 220 **Stundungen** mit einem Gesamtvolumen von 298.789,75 €. Es befinden sich derzeit (Stand 06.10.2016) 4.324 Forderungen (- 513 gegenüber 1. Bericht) in der **Vollstreckung**. Es handelt sich hierbei um 1.998 **eigene Forderungen** (- 44) und um 2.326 **Fremdforderungen** (- 469). Die Einnahmen aus der **Zentralen Rückstandsdatei** für das Zulassungswesen betragen von Februar 2010 bis August 2016 rd. 684 T€.

## Teilhaushalt 02 – Schule und Kultur

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	70.929.000 €	70.874.765 €	-54.235 €	-0,1%	46.890.237 €	66,1%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	69.933.700 €	66.671.400 €	-3.262.300 €	-4,7%	45.540.069 €	65,1%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>995.300 €</b>	<b>4.203.365 €</b>	<b>3.208.065 €</b>	<b>322,3%</b>	<b>1.350.168 €</b>	<b>135,7%</b>
Finanzergebnis	-1.023.400 €	-1.023.375 €	25 €	0,0%	-680.894 €	66,5%
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-28.100 €</b>	<b>3.179.990 €</b>	<b>3.208.090 €</b>	<b>-11416,7%</b>	<b>669.274 €</b>	<b>-2381,8%</b>
Außerordentliches Ergebnis	35.000 €	3.919 €	-31.081 €	-88,8%	-12.555 €	-35,9%
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>6.900 €</b>	<b>3.183.909 €</b>	<b>3.177.009 €</b>	<b>46043,6%</b>	<b>656.719 €</b>	<b>9517,7%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 3.208 T€ gegenüber dem Ansatz und um rd. 3.198 T€ gegenüber dem 1. Finanzbericht. Diese Verbesserung ist primär auf erwartete Einsparungen bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (- 2.000 T€) sowie bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (- 1.262,3 T€) zurückzuführen. Ertragseinbußen werden hingegen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (- 54,8 T€) erwartet.

Der *Zuschuss an den Eigenbetrieb L-SG* wurde mit einem Teilbetrag von 2,0 Mio. € gesperrt. Die haushaltswirtschaftliche Sperre darf nur zur Finanzierung von unabweisbaren Instandsetzungsmaßnahmen an Schulgebäuden aufgehoben werden. Nach Einschätzung des Eigenbetriebs wird eine Aufhebung der Sperre im Jahr 2016 voraussichtlich nicht erforderlich. Bei den *Schülerbeförderungskosten* werden Einsparungen i. H. v. 1,2 Mio. € erwartet. Der VRN hat im Nov. / Dez. 2015 eine Anpassung des Abrechnungsmodus für Betriebsleistungen (SPNV / Bussegment) bekanntgegeben. Die Änderungen konnten nicht mehr im Haushaltsplan berücksichtigt werden (vgl. KA-Beschluss 17-073 vom 21.12.2015).

Bei der *Kreisvolkshochschule* stellt sich die Situation wie folgt dar: Ertragseinbußen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten i. H. von 54,8 T€ stehen Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 62,3 T€ gegenüber. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde der Ansatz pauschal um 200 T€ erhöht. Diese Mittel sollten zur Durchführung von Deutschkursen für Flüchtlinge genutzt werden. Die Bedarfsmeldungen, die vom Amt für Soziales gemeldet wurden, wurden abgedeckt. Derzeit sind die Kurszahlen niedriger als erwartet. In den Fachbereichen EDV und Business English hat die KVHS Teilnehmerverluste hinzunehmen, die durch kostenlose innerbetriebliche Schulungsmaßnahmen vor allem größerer Unternehmen, verursacht werden. Beide Aspekte führen zu niedrigeren Gebühreneinnahmen und zu Einsparungen bei den Dozentenonoraren. Insgesamt reduziert sich der Zuschussbedarf für die KVHS um rd. 6,7 T€ auf rd. 449,9 T€.

## Teilhaushalt 03 – Soziales und Jugend

Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	169.885.932 €	148.008.848 €	-21.877.084 €	-12,9%	79.264.479 €	46,7%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	255.520.588 €	228.567.153 €	-26.953.435 €	-10,5%	138.556.643 €	54,2%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-85.634.656 €</b>	<b>-80.558.305 €</b>	<b>5.076.351 €</b>	<b>-5,9%</b>	<b>-59.292.164 €</b>	<b>69,2%</b>
Finanzergebnis	0 €	8 €	8 €		21 €	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-85.634.656 €</b>	<b>-80.558.297 €</b>	<b>5.076.359 €</b>	<b>-5,9%</b>	<b>-59.292.143 €</b>	<b>69,2%</b>
Außerordentliches Ergebnis	4.557.050 €	7.707.231 €	3.150.181 €	69,1%	7.469.031 €	163,9%
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-81.077.606 €</b>	<b>-72.851.066 €</b>	<b>8.226.540 €</b>	<b>-10,1%</b>	<b>-51.823.112 €</b>	<b>63,9%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 5.076,3 T€ gegenüber dem Ansatz. Gegenüber der Prognose im 1. Finanzbericht ist hingegen eine Verschlechterung von rd. 3.368 T€ zu verzeichnen. Sowohl die ordentliche Erträge (- 21.877,1 T€) als auch die ordentlichen Aufwendungen (- 26.953,4 T€) reduzieren sich deutlich gegenüber der Veranschlagung. Die einzelnen Teilbereiche stellen sich dabei wie folgt dar:

### Teilbereich Soziales (Produkte 3010 bis 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220):

Die ordentlichen Erträge reduzieren sich um rd. 6.261,5 T€ gegenüber dem Ansatz, die ordentlichen Aufwendungen um rd. 13.087,9 T€, so dass sich das Ordentliche Ergebnis im Teilbereich Soziales um rd. 6.826,4 T€ gegenüber der Haushaltsplanung verbessert. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

- **Hilfe zum Lebensunterhalt (3010):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 87,7 T€. Dies ist ausschließlich auf höhere Transferaufwendungen zurückzuführen. Die prognostizierten Fallzahlen außerhalb von Einrichtungen wurden bereits Ende des Jahres 2015 überschritten (372 statt 345 Fälle), während die Kosten pro Fall relativ stabil sind. Innerhalb von Einrichtungen sind die Fallzahlen konstant bei geringeren Kosten pro Fall. Für die Aufwendungen für die Verwandtenpflege beim Jugendamt wird bislang von keiner Prognoseänderung ausgegangen.
- **Hilfe zur Pflege (3020):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 678,0 T€. Auch bei diesem Produkt ist die prognostizierte Veränderung fast ausschließlich auf den Transferaufwand zurückzuführen. In der ambulanten Pflege wurden die prognostizierten Fallzahlen bisher



nicht erreicht (283 statt 301 Fälle), die durchschnittlichen Kosten pro Fall jedoch leicht überschritten (465 € statt 449 € je Fall), was zu einer Einsparung i. H. v. rd. 42,9 T€ führt. In der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen wurden die prognostizierten Fallzahlen bisher ebenfalls nicht erreicht (621 statt 675 Fälle). Auch die Kosten pro Fall und Monat fallen geringer aus als ursprünglich geschätzt (747 € statt 766 €). Dies führt unter dem Strich i. v. E. zu einer Einsparung von rd. 638,4 T€.

- **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (3030):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 883,3 T€. Die ausschließlich beim Transferaufwand entstehende Verbesserung begründet sich wie folgt: die Aufwendungen in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen fallen voraussichtlich geringer aus als prognostiziert (- 908,3 T€). Bei relativ konstanten Fallzahlen verringern sich die Kosten pro Fall und Monat von 967 € auf 850 €. Im Jahresverlauf kann allerdings durchaus mit einer Annäherung an die Planwerte gerechnet werden. Die Eingliederungshilfe in Einrichtungen wird in der Regel beim Landeswohlfahrtsverband bearbeitet und dem Kreis einmal jährlich in Rechnung gestellt. Insofern ist es kaum möglich unterjährig eine Entwicklung abzubilden. Der aktuelle Prognosewert (+ 25 T€) orientiert sich daher am Ergebnis des Jahres 2015.
- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (3060):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 147,0 T€. Die Transferaufwendungen verringern sich um rd. 47,2 T€. Die prognostizierten Fallzahlen außerhalb von Einrichtungen wurden bis Ende April 2016 noch nicht erreicht (2.091 statt 2.130 Fälle), während die durchschnittlichen Kosten pro Fall mit 484 € statt 470 € bereits überschritten wurden, was insgesamt a. v. E. zu einem Mehraufwand i. H. v. 132 T€ führt. Bei der Grundsicherung in Einrichtungen wurden die Fallzahlen bis Ende April 2016 ebenfalls nicht erreicht (192 statt 237 Fälle), aber die durchschnittlichen Aufwendungen pro Fall unterschreiten den Planansatz deutlich (241 € statt 258 €), was in der Summe zu Einsparungen führt (179 T€). Im weiteren Jahresverlauf kann allerdings mit einer Angleichung an die Plandaten gerechnet werden. Die Beteiligung des Bundes gem. § 46a SGB XII i. H. v. 100 % des Nettotransferaufwandes sinkt analog. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen verringern sich daher um 31,3 T€ auf 12.732,5 T€. Des Weiteren verringern sich die Personalaufwendungen aufgrund von Stellenvakanzen um 132,3 T€.
- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (3080):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich signifikant um rd. 5.160,6 T€. Aus einem prognostizierten Defizit von rd. 4.161 T€ wird ein Überschuss von rd. 999,6 T€.
  - o Die **Transferaufwendungen** verringern sich um rd. 9.677 T€. Für das III. Quartal 2016 hat das Regierungspräsidium die Zuweisungsquote mit 530 Personen (inkl. 205 Personen Aufnahmeminus) festgelegt, d. h. rund 177 Personen pro Monat. In den Monaten Januar – Mai 2016 wurden durchschnittlich 40 Personen an die Job-Center abgegeben. Vier Personen reisten durchschnittlich pro Monat freiwillig aus. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Abgänge weiterhin auf diesem Niveau bewegen. Aufgrund der welt-

weit unklaren Situation (Ausweichrouten, stärkerer Zustrom über das Mittelmeer in den Sommermonaten, Auswirkungen aus der Auflösung der weltgrößten Flüchtlingslager in Kenia), ist durchaus damit zu rechnen, dass die Flüchtlingsströme im Jahresverlauf erneut anschwellen und die Planansätze ausgeschöpft werden. Die Entwicklung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

- § 2 AsylbLG:
  - Lfd. Leistungen 742 Personen (statt 1.217) x 300 € mtl. (statt 297,30 €) = 2.671.200 € (statt 4.342.000 €)
  - Krankenhilfe = 954.000 € (statt 2.570.000 €)
  - Sonstige Hilfen = 3.000 € (unverändert)
- § 3 AsylbLG:
  - Lfd. Leistungen 2.969 Personen (statt 1.341) x 280 € mtl. (statt 339 €) = 9.975.840 € (statt 14.500.000 €)
  - Krankenhilfe = 3.354.970 € (statt 5.221.000 €)
  - Arbeitsgelegenheit = 10.000 € (unverändert)
- Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verringern sich ebenfalls (- 1.832,9 T€). Die aktuelle Prognose geht von einer maximalen Ausnutzung aller derzeit zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsunterkünfte aus, zuzüglich der Aufwendungen für die Unterkünfte der Christophorus Wohnheime eG, die im Laufe des Jahres fertig gestellt werden. Darüber hinaus sind erhebliche Kosten für Umbauarbeiten in Zusammenhang mit der Umnutzung verschiedener Bürogebäude enthalten. Auch wenn die Zuweisungen derzeit erheblich zurückgegangen sind, ist nicht auszuschließen, dass weiterhin Unterkünfte akquiriert werden müssen. Es ist damit zu rechnen, dass der geplante Ansatz im Jahresverlauf ausgeschöpft wird. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:
  - Kreiseigene Gemeinschaftsunterkünfte und Umnutzung ehemaliger Bürogebäude: 1.720.000 € (+ 1.594.000 €)
  - Angemietete Gemeinschaftsunterkünfte: 13.700.000 € (- 1.908.000 €)
  - Privatwohnungen: 903.000 € (- 1.519.000 €)
  - Integrationsmaßnahmen und Koordination Ehrenamt: 215.000 € (unverändert)
  - Betriebskosten Verwaltung: 50.900 € (+ 68 €)
- Im Gegenzug verringern sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** um 7.115,8 T€. Durch die Änderung des Landesaufnahmegesetzes, die zum 01.01.2016 in Kraft getreten ist, wurde die Pauschale Kostenerstattung pro Person und Monat auf 940,00 € erhöht. Die aktuelle Kalkulation (3.112 statt 3.765 Personen) basiert auf den Abrechnungen für die ersten drei Quartale 2016. Die Erstattungen für die Krankenhilfe (250 T€) ist ein Schätzwert und orientiert sich an den Vorjahresergebnissen.
- Die **Erträge aus Transferleistungen** erhöhen sich um 786 T€. Bei der Abgabe von Personen mit Bleibeberechtigung an die Job-Center werden die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorläufig weiter gezahlt, bis die Job-Center die Anträge ab-

schließlich geprüft haben und Leistungen auszahlen. Da diese Leistungen rückwirkend ab Antragstellung bewilligt werden, entstehen regelmäßig Erstattungsansprüche gegenüber den Job-Centern. Durch die erhöhte Anzahl an Bleibeberechtigten, die in das Leistungssystem nach dem SGB II wechseln, erhöhen sich diese Erstattungsansprüche entsprechend (Schätzung auf Basis des Buchungsstandes August 2016).

- Die **Personalaufwendungen** erhöhen sich um 74,6 T€ aufgrund des Abschlusses von befristeten Arbeitsverhältnissen bedingt durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen.
- **Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege (3101):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 30 T€. Das ist ausschließlich auf höhere Erträge aus Transferleistungen zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um Erstattungen für psychosoziale Betreuung von den Herkunftskommunen auswärtiger Frauen, die im Frauenhaus Bergstraße Zuflucht finden (Schätzung auf Basis der Vorjahresergebnisse).
- **Sonstige Hilfen und Sozialleistungen (3130):** Im ordentlichen Ergebnis werden keine Veränderungen prognostiziert. Im außerordentlichen Bereich sind Erträge i. H. von rd. 29 T€ ohne Ansatz entstanden.

Bei den Produkten 3040, 3050 und 3220 werden keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert.

### **Teilbereich SGB II (Produkt 3070)**

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 1.164,6 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen erhöhen sich um 405 T€. Wegen der steigenden Flüchtlingszahlen erhöht sich die Erstattung des Landes für Leistungen an Personen nach § 7 Landesaufnahmegesetz voraussichtlich um diesen Betrag. Außerdem erhöhen sich die Erträge aus Transferleistungen um 677,4 T€. Es handelt sich um zusätzliche Bundesmittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit aufgrund flüchtlingsinduzierter Mehrbedarfe in 2016. Auf der Aufwandsseite erhöhen sich jedoch auch die Personalaufwendungen um 92,8 T€ aufgrund der Abordnung von Beschäftigten der Kreisverwaltung zum Eigenbetrieb Neue Wege. Die Transferaufwendungen verringern sich dagegen um 175 T€, da die Auswirkungen der Mietanpassungen auf die Kosten der Unterkunft voraussichtlich geringer sind als prognostiziert.

### Teilbereich Jugend (Produkte 3120, 3140 bis 3210)

Das ordentliche Ergebnis bei den Produkten des Jugendamtes verschlechtert sich um rd. 2.915 T€. Die ordentlichen Erträge verringern sich voraussichtlich um rd. 16.698 T€, die ordentlichen Aufwendungen um rd. 13.783 T€. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich dabei voraussichtlich wie folgt:

- **Unterhaltsvorschussleistungen (3120):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 64,1 T€. Die Transfererträge verringern sich um 190 T€. Die Erträge bei den §§ 5 und 7 UVG sind rückläufig. Unterhaltsvorschussleistungen sind von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Pflichtigen abhängig. Daher besteht keine direkte Abhängigkeit gegenüber dem Transferaufwand. Der Transferaufwand verringert sich um 95 T€. Es sind 2/3 der Erträge aus § 7 UVG an das Land abzuführen. Aufgrund der leicht rückläufigen Erträge beim § 7 UVG verringern sich analog auch der Erstattungs- und der Aufwandsaufwand an das Land. Ferner verringern sich die Personalaufwendungen um 30,6 T€ aufgrund von Langzeiterkrankungen ohne Lohnfortzahlung.
- **Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege (3140):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich voraussichtlich um rd. 108,5 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen reduzieren sich um 395 T€. Die Landesförderung für Kindertagespflege erfolgt nach einer Stichtagsmeldung zum 01.03.2016. Die Anzahl der zu diesem Zeitpunkt betreuten Kinder fiel geringer aus, als bei der Haushaltsplanung angenommen. Die Transfererträge erhöhen sich hingegen um 19,5 T€. Die Erträge für zu Unrecht ausgezahlte Kindergartengebühren steigen an. Diese Erträge resultieren aus der Überzahlungen an die Gemeinden/Einrichtungen aufgrund der verspäteten Mitteilungen über die Belegung der Einrichtung. Bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse wird mit Einsparungen i. H. v. 484 T€ gerechnet. Im Bereich der Kindertagespflege werden die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen vom Land an die Tagespflegepersonen weitergeleitet. Da diese Erträge aufgrund der Stichtagsmeldung zum 01.03.2016 geringer ausfallen, sinken analog auch die Aufwendungen.
- **Prävention, Förder-, Unterstützungs- u. erzieherische Beratungsleistungen (3151):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 223,6 T€. Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse reduzieren sich um 227,5 T€ gegenüber dem Ansatz. Der Ansatz für die Soziale Arbeit an Schulen fällt geringer aus als geplant, da seitens der Schulen nicht so viele Anträge für die Soziale Arbeit an Schulen gestellt wurden. Aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung reduzieren sich zudem die Personalaufwendungen um 280,1 T€. Bei den Transferaufwendungen wird hingegen ein Anstieg um 232 T€ erwartet. Bei den Hilfen nach § 19 SGB VIII "gemeinsame Unterbringung" als auch bei § 20 SGB VIII "Hilfe in Notsituationen" werden die Ansätze überschritten. Bei den Kosten des § 19 SGB VIII gibt es eine Fallzahlensteigerung um 2 Fälle im Bezug auf die Haushaltsplanung. Beim § 20 SGB VIII sind die durchschnittlichen Fallkosten höher als bei der Pla-

nung angenommen. Bei den Transfererträgen wird mit Einbußen i. H. v. 51 T€ gerechnet. Bei dem Ansatz handelt es sich um Kostenbeiträge für die §§ 19, 20 und 21 SGB VIII. Die Kostenbeitragspflicht ist immer von der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen abhängig. Der Ansatz im Haushalt 2016 wurde auf Grundlage des Vorjahresergebnisses geschätzt und muss bei einer linearen Hochrechnung auf Basis des Ergebnisses zum 31.08.2016 nach unten korrigiert werden.

- **Hilfe zur Erziehung (3170):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 2.285 T€. Auf der Ertragsseite wird bei den Kostenersatzleistungen und -erstattungen mit Ertragseinbußen i. H. v. 13.124 T€ gerechnet. Der geplante Ansatz wird unterschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2016 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde. Aufgrund dieser Entwicklung fallen die Kostenerstattungen durch die überörtlichen Träger (Land Hessen) geringer aus als geplant. Auch bei den Transfererträgen fällt die Prognose um 296,5 T€ niedriger aus als geplant. Die Kostenbeitragspflicht ist immer von der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen abhängig. Der Ansatz im Haushalt 2016 wurde auf Grundlage des Vorjahresergebnisses geschätzt und muss bei einer linearen Hochrechnung auf Basis des Ergebnisses zum 31.08.2016 nach unten korrigiert werden. Auf der Aufwandsseite wird bei den Transferaufwendungen zwar mit Einsparungen i. H. v. 11.135 T€ kalkuliert. Dies reicht jedoch nicht aus, um die o. g. Ertragsverluste vollständig zu kompensieren. Der geplante Ansatz wird unterschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2016 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde (Fallzahlenstand 31.08.2016: 161). Das Ergebnis sowie die Prognose teilt sich wie folgt auf: HzE = rd. 15 Mio. € und umA rd. 12 Mio. €. Es wird davon ausgegangen, dass der Transferaufwand für die umA zu 100 % vom überörtlichen Träger erstattet wird.
- **Hilfe für junge Volljährige (3190):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 152 T€. Bei den Transferaufwendungen wird mit Einsparungen i. H. v. 1.932 T€ gerechnet. Der geplante Ansatz wird unterschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2016 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde (Fallzahlenstand 31.08.2016: 45). Bei der Prognose entfallen auf die HzE für junge Volljährige und die umA jeweils rd. 1 Mio. €. Es wird davon ausgegangen, dass der Transferaufwand für die umA zu 100 % vom überörtlichen Träger erstattet wird (siehe Kostenersatzleistungen und -erstattungen). Die Personalaufwendungen erhöhen sich aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie aufgrund befristeter Arbeitsverhältnisse durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen um 96 T€. Analog zu den Transferaufwendungen reduzieren sich auch die Erträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen um 2.000 T€, da bei der Planung des Haushaltes 2016 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde. Aufgrund dieser Entwicklung fallen die Kostenerstattungen durch die überörtlichen Träger (Land Hessen) geringer aus als geplant. Ferner erhöhen sich die Erträge aus Transferleistungen um 13 T€. Die Kostenbeitragspflicht ist immer von der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen abhängig. Der Ansatz im Haushalt 2016 wurde auf Grundlage des Vorjahresergebnisses geschätzt und muss bei einer linearen Hochrechnung auf Basis des Ergebnisses zum 31.08.2016 erhöht werden.

- **Eingliederungshilfe (3200):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 1.304,8 T€. Diese Entwicklung ist sowohl auf Mindererträge als auch auf Mehraufwendungen zurückzuführen. Auf der Ertragsseite reduzieren sich die Kostenersatzleistungen und -erstattungen um 700 T€. Es handelt sich um Erträge aus der Schulumlage, die zum Planungszeitpunkt noch nicht konkret festgelegt werden konnten. Außerdem verringern sich die Transfererträge um 102,5 T€. Die Kostenbeitragspflicht ist immer von der Leistungsfähigkeit des Pflichtigen abhängig. Der Ansatz im Haushalt 2016 wurde auf Grundlage des Vorjahresergebnisses geschätzt und muss bei einer linearen Hochrechnung auf Basis des Ergebnisses zum 31.08.2016 verringert werden. Auf der Aufwandsseite erhöhen sich die Transferaufwendungen um 410 T€. Es entsteht ein Mehrbedarf bei den ambulanten Eingliederungshilfen sowie bei den stationären Eingliederungshilfen aufgrund höherer Fallzahlen als bei der Planung des Haushaltes berücksichtigt. Aufgrund der Zusammenlegung von SGB VIII und XII und dem Übergang von 2,9 Stellen aus dem Sozialamt in das Jugendamt zum 01.08.2016 erhöhen sich zudem die Personalaufwendungen um 73,1 T€. Des Weiteren entsteht ein Aufwand für Zuweisungen und Zuschüsse ohne Ansatz i. H. v. 24 T€. Es handelt sich um eine Projektfinanzierung ("Sprungchance"), die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht bekannt war.
  
- **Andere Aufgaben der Jugendhilfe (3210):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 559,5 T€. Der Ansatz bei den Transferaufwendungen wird voraussichtlich 664 T€ unterschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2016 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde. Die Fallzahlen für die vorläufigen Inobhutnahmen sind rückläufig, denn alle dem Kreis Bergstraße zugewiesenen umA werden in eine reguläre Inobhutnahme überführt. Die Prognose teilt sich wie folgt auf: ION = rd. 1 Mio. € und ION umA rd. 1,6 Mio. €. Es wird davon ausgegangen, dass der Transferaufwand für die umA zu 100 % vom überörtlichen Träger erstattet wird. Auf der Ertragsseite erhöhen sich die Erträge aus Transferleistungen um 1.050 T€. Bei dem geplanten Ansatz wurden die pauschalierten Kostenerstattungen des Landes für umA-Personal zu gering geplant. Ergebnisverschlechternd wirken sich hingegen geringere Erträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen (- 920 T€) aus. Der geplante Ansatz wird unterschritten, da bei der Planung des Haushaltes 2016 mit höheren Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern gerechnet wurde. Aufgrund dieser Entwicklung fallen die Kostenerstattungen durch die überörtlichen Träger (Land Hessen) geringer aus als geplant. Außerdem erhöhen sich die Personalaufwendungen aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung sowie aufgrund von befristeten Arbeitsverhältnissen durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen um 243,9 T€.

## Teilhaushalt 04 – Gesundheit und Sport

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	869.100 €	913.300 €	44.200 €	5,1%	219.083 €	25,2%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	2.965.261 €	2.963.661 €	-1.600 €	-0,1%	1.768.835 €	59,7%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-2.096.161 €</b>	<b>-2.050.361 €</b>	<b>45.800 €</b>	<b>-2,2%</b>	<b>-1.549.751 €</b>	<b>73,9%</b>
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		2.969 €	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-2.096.161 €</b>	<b>-2.050.361 €</b>	<b>45.800 €</b>	<b>-2,2%</b>	<b>-1.546.782 €</b>	<b>73,8%</b>
Außerordentliches Ergebnis	0 €	-1.000 €	-1.000 €		-892 €	
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-2.096.161 €</b>	<b>-2.051.361 €</b>	<b>44.800 €</b>	<b>-2,1%</b>	<b>-1.547.674 €</b>	<b>73,8%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 45,8 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen und um 20 T€ gegenüber der Prognose im 1. Bericht. Diese Veränderung gegenüber dem Ansatz ist fast ausschließlich auf eine Erhöhung der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um 46 T€ zurückzuführen. Die Veränderungen bei den anderen Haushaltspositionen sind eher marginal.

Beim Produkt *Gesundheitshilfen und Prävention* wird eine Ergebnisverbesserung i. H. von 20,1 T€ im ordentlichen Ergebnis erwartet. Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erhöhen sich um 24 T€. Die Mehrerträge ergeben sich aufgrund einer Änderung der Gebührenordnung, gebührenintensiver und erhöhter Anzahl von Aufträgen im amtsärztlichen Dienst und zwei durchgeführten Heilpraktiker-Prüfungen.

Beim Produkt *Gesundheitsschutz* wird mit einer Ergebnisverbesserung i. H. von 23,6 T€ im ordentlichen Ergebnis kalkuliert. Die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten erhöhen sich um 22 T€. Mehrerträge entstehen durch eine erhöhte Anzahl von Begehungen, auch bedingt durch den Einsatz von neuem Personal seit dem 01.04.2016, sowie einer vermehrten Durchführung von IfSG-Befehlen.

Für das Produkt *Sportförderung* werden keine wesentlichen Änderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

## Teilhaushalt 05 – Gestaltung der Umwelt

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	5.606.100 €	6.406.578 €	800.478 €	14,3%	4.568.865 €	81,5%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	15.885.217 €	14.283.568 €	-1.601.649 €	-10,1%	7.858.480 €	49,5%
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-10.279.117 €</b>	<b>-7.876.990 €</b>	<b>2.402.127 €</b>	<b>-23,4%</b>	<b>-3.289.616 €</b>	<b>32,0%</b>
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		0 €	
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-10.279.117 €</b>	<b>-7.876.990 €</b>	<b>2.402.127 €</b>	<b>-23,4%</b>	<b>-3.289.616 €</b>	<b>32,0%</b>
Außerordentliches Ergebnis	-557.000 €	-624.237 €	-67.237 €		-67.229 €	
<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-10.836.117 €</b>	<b>-8.501.227 €</b>	<b>2.334.890 €</b>	<b>-21,5%</b>	<b>-3.356.845 €</b>	<b>31,0%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 2.402,1 T€ gegenüber den Planansätzen und um 2.342,4 T€ gegenüber dem 1. Bericht. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um rd. 800,5 T€, die ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich um rd. 1.601,5 T€.

Auf der Ertragsseite erhöhen sich die Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte um rd. 779,2 T€. Diese Verbesserung ist mit einem Plus von 815 T€ fast ausschließlich auf das Produkt *Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung* zurückzuführen. Dies resultiert aus der Genehmigung großer Bauvorhaben sowie einer Zunahme der Anzahl der Neueingänge. Ferner entstehen Mehrerträge beim Produkt *Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen* i. H. v. 7 T€. Nach Wiederbesetzung der freien Stelle konnte die Kontinuität der Bearbeitung der Anzahl der Vorgänge beibehalten werden. Ertragseinbußen i. H. v. 45 T€ gibt es hingegen beim Produkt *Boden- und Gewässerschutz*. Bei diesen Gebühreneinnahmen handelt es sich um nicht beeinflussbare Größen- und Rahmenbedingungen. So wurden in 2016 z.B. weniger Großprojekte beantragt und genehmigt, was derzeit weniger Gebühreneinnahmen zur Folge hat.

Die Personalaufwendungen verringern sich um 113 T€. Dies ist auf eine Änderung der Produktzuordnung zurückzuführen. Aufgrund von personellen Veränderungen innerhalb der Verwaltung wurde Personalaufwand vom Produkt *Wirtschaftsförderung, Tourismus* (5170) dem Produkt *Zentrales Controlling* (1100) im Teilhaushalt 01 zugeordnet. Ferner reduzieren sich die Personalaufwendungen beim Produkt *Bauleitplanung* aufgrund von Elternzeit um 55,2 T€. Die größte Einsparung ergibt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit rd. 1.509,9 T€. Diese Verbesserung ist mit rd. 1.499 T€ fast ausschließlich auf das Produkt *Öffentlicher Personennahverkehr* zurückzuführen. Der VRN hat im November / Dezember 2015 eine Anpassung des Abrechnungsmodus für Betriebsleistungen (SPNV / Bussegment) bekanntgegeben. Die Änderungen konnten nicht mehr im Haushaltsplan berücksichtigt werden (vgl. KA-Beschluss 17-073 vom 21.12.2015).



## Teilhaushalt 06 – Zentrale Finanzleistungen

Pos.	Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 31.08.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
10	Summe der ordentlichen Erträge	175.337.000 €	175.421.558 €	84.558 €	0,0%	115.635.806 €	66,0%
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	50.010.000 €	49.200.486 €	-809.514 €	-1,6%	32.799.675 €	65,6%
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>125.327.000 €</b>	<b>126.221.072 €</b>	<b>894.072 €</b>	<b>0,7%</b>	<b>82.836.131 €</b>	<b>66,1%</b>
23	Finanzergebnis	-6.337.000 €	-5.574.267 €	762.733 €	-12,0%	-1.015.373 €	16,0%
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>118.990.000 €</b>	<b>120.646.805 €</b>	<b>1.656.805 €</b>	<b>1,4%</b>	<b>81.820.758 €</b>	<b>68,8%</b>
27	Außerordentliches Ergebnis	0 €	15.108 €	15.108 €		15.108 €	
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>118.990.000 €</b>	<b>120.661.913 €</b>	<b>1.671.913 €</b>	<b>1,4%</b>	<b>81.835.866 €</b>	<b>68,8%</b>

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 1.656,8 T€ gegenüber der Veranschlagung und um rd. 661,5 T€ gegenüber dem 1. Bericht. Im Verwaltungsergebnis haben sich gegenüber der Prognose im 1. Finanzbericht keine Änderungen ergeben, d.h. die Verbesserung im Ordentlichen Ergebnis ist ausschließlich auf das Finanzergebnis zurückzuführen.

Das Finanzergebnis verbessert sich um rd. 762,7 T€ gegenüber dem Ansatz und um rd. 661,5 T€ gegenüber dem 1. Bericht. Die Finanzerträge reduzieren sich gegenüber dem Ansatz um rd. 958,3 T€. Bei den *Bankzinsen aus Derivatgeschäften* sind wegen der niedrigen Geldmarktzinsen Mindererträge von rd. 980 T€ zu erwarten (insbesondere bei Payerswaps zur Zinssicherung von Kassenkrediten auf EONIA-Basis). Mehrerträge von rd. 18 T€ werden bei *Bürgschaftsprovisionen* erzielt. Die *Zinsaufwendungen für Investitionskredite* werden sich um rd. 190 T€ reduzieren, da im Haushaltsjahr 2016 bislang noch keine Neuaufnahmen erfolgt sind und die Kredite aus der Kreditermächtigung 2014 zum Teil nicht in Anspruch genommen wurden (rd. 1,7 Mio. €). Aufgrund des günstigen Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt reduzieren sich auch die *Zinsen für die im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms abgelösten Kredite* (31 T€) und für *Kassenkredite* (1,5 Mio. €). Bei den Zinsaufwendungen werden Rückstellungen für Zinsrisiken aus dem Kommunalen Schutzschirm in Höhe von rd. 3,3 Mio. € berücksichtigt.

## Gesamtfinanzhaushalt

Nr.	Beschreibung	Haushalt Ansatz 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung
1	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	7.954.615 €	15.609.063 €	7.654.448 €
2	Zahlungsunwirksame Vorgänge	1.544.091 €	1.554.091 €	10.000 €
<b>3</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>9.498.706 €</b>	<b>17.163.154 €</b>	<b>7.664.448 €</b>
4	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.120.000 €	1.120.000 €	0 €
5	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenstände d. Sachanlagevermögens u. immateriellen AV	0 €	0 €	0 €
6	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immateriellen AV	-10.472.360 €	-9.552.360 €	920.000 €
7	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	42.400 €	42.400 €	0 €
8	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-175.000 €	-175.000 €	0 €
<b>9</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-9.484.960 €</b>	<b>-8.564.960 €</b>	<b>920.000 €</b>
10	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	213.484.960 €	203.964.960 €	-9.520.000 €
11	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-213.692.200 €	-212.376.100 €	1.316.100 €
<b>12</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-207.240 €</b>	<b>-8.411.140 €</b>	<b>-8.203.900 €</b>
<b>13</b>	<b>Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 3, 9 und 12)</b>	<b>-193.494 €</b>	<b>187.054 €</b>	<b>380.548 €</b>

**Zu Nr. 1:** Es wird davon ausgegangen, dass die im Ergebnishaushalt prognostizierten Erträge nicht in vollem Umfang als Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt realisiert werden können und dass hier neue Forderungen des Kreises entstehen. Daher wurde das im Ergebnishaushalt prognostizierte Jahresergebnis im Finanzhaushalt um 8.000 T€ vermindert.

**Zu Nr. 6:** Im Produkt *Verwaltung der Kreisstraßen* werden investive Mittel für die Maßnahmen 2009INV056 (Ausbau der K22, OD Zotzenbach) i. H. v. rd. 80 T€ und 2011INV057 (K15, Hangsicherung) i. H. v. rd. 100 T€ nicht mehr benötigt. Bei der Maßnahme 2014INV070 (Erneuerung der K55, Raidelbach-Gadernheim) wurde der Baubeginn nach 2017 verschoben. Die Mittel (770 T€) werden vollständig übertragen. Beim Produkt *Zentrale Dienste und Fuhrpark* ist hingegen mit investiven Mehrausgaben von rd. 30 T€ zu rechnen. Insbesondere durch Personalzuwächse und Umzüge waren Neu- und Ersatzbeschaffungsmaßnahmen von Mobiliar erforderlich.

**Zu Nr. 10:** Die Kreditaufnahme setzt sich zusammen aus

- 195.400.000 € Kreditaufnahme für Kassenkredite (- 8.600.000 €) und
- 8.564.960 € Kreditaufnahme für Investitionskredite (- 920.000 €).

Seit 2010 wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte über die aufgenommenen Investitions- und Kassenkredite sowie über die abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente berichtet. Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements wurde in der Zeit vom 01.05. – 31.08.2016 folgendes Geschäft abgeschlossen:

- Aufnahme des Kassenkredits KK100816 in Höhe von 10,0 Mio. € mit einem Zinssatz von 0,05 % für 3 Jahre

**Zu Nr. 11:** Die Tilgung von Krediten setzt sich zusammen aus

- 210.000.000 € Tilgung für Kassenkredite und
- 2.376.100 € Tilgung für Investitionskredite (- 1.316.100 €).

Beim Produkt *Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft* verringern sich die Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten (Kreditmarkt) um rd. 1.316,1 T€, da ein Teilbetrag der Kreditermächtigung 2014 von rd. 1,7 Mio. € nicht in Anspruch genommen wurde und im Haushaltsjahr 2016 bislang noch keine Kreditneuaufnahme erfolgt ist. Darüber hinaus wurde ein Gläubigerwandlungsrecht einer Bank in diesem Jahr nicht ausgeübt, so dass die hierfür geplante Tilgungsleistung nicht zu erbringen war. Die Tilgung bei Produkt 2085 bleibt unverändert.

Im Jahr 2016 wurden keine Kreisdarlehen mehr durch den Kommunalen Schutzschirm abgelöst. Die letzte Ablösung erfolgte am 30.12.2015.

Der **Kassenkreditbestand** verringert sich somit zum Jahresende voraussichtlich von rd. 233,9 Mio. € (Stand zum 31.12.2015) um rd. 14,6 Mio. € auf rd. 219,3 Mio. €. Zum 31.08.2016 betrug der Stand der Kassenkredite 226.450.000 €.

## Kommunaler Schutzschirm

Die voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen) wirken sich auf Produktbereichsebene im Haushaltsvollzug des Jahres Haushaltsjahres 2016 voraussichtlich wie folgt auf das Ordentliche Ergebnis aus:

Produktbereich	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis je Einwohner	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis je Einwohner	Differenz absolut in T€	Differenz je Einwohner
01 Innere Verwaltung	- 43,53 €	- 11.433,2	- 13.846,4	- 52,72 €	- 2.413,2	- 9,19 €
02 Sicherheit und Ordnung	- 10,48 €	- 2.752,6	- 3.126,0	- 11,90 €	- 373,4	- 1,42 €
03 Schulträgeraufgaben	18,02 €	4.733,0	3.628,5	13,82 €	- 1.104,5	- 4,20 €
04 Kultur und Wissenschaft	- 1,52 €	- 399,2	- 448,5	- 1,71 €	- 49,3	- 0,19 €
05 Soziale Leistungen	- 175,34 €	- 46.053,1	- 45.629,6	- 173,73 €	423,5	1,61 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	- 126,43 €	- 33.206,8	- 34.928,7	- 132,99 €	- 1.721,9	- 6,56 €
07 Gesundheitsdienst	- 8,31 €	- 2.182,6	- 1.891,3	- 7,20 €	291,3	1,11 €
08 Sportförderung	- 0,67 €	- 176,0	- 159,1	- 0,61 €	16,9	0,06 €
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	- 2,49 €	- 654,0	- 866,6	- 3,30 €	- 212,6	- 0,81 €
10 Bauen und Wohnen	- 1,39 €	- 365,1	282,7	1,08 €	647,8	2,47 €
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	- 13,77 €	- 3.616,7	- 5.022,6	- 19,12 €	- 1.405,9	- 5,35 €
13 Natur- und Landschaftspflege	- 2,76 €	- 724,9	- 491,2	- 1,87 €	233,7	0,89 €
14 Umweltschutz	- 1,09 €	- 286,3	- 620,2	- 2,36 €	- 334,3	- 1,27 €
15 Wirtschaft und Tourismus	- 3,40 €	- 893,0	- 1.159,2	- 4,41 €	- 266,2	- 1,01 €
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	318,93 €	83.767,0	120.646,8	459,34 €	36.879,8	140,41 €
<b>Summe ordentliches Ergebnis</b>	<b>- 54,23 €</b>	<b>- 14.243,5</b>	<b>16.368,7</b>	<b>62,32 €</b>	<b>30.612,2</b>	<b>116,55 €</b>

# Controllingbericht II/2016

Zu 25 der 68 Produkte im Haushaltsplan 2016 wurden 45 Ziele mit 50 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 31. August 2016

Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2016 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad

Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:

- Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 38 Kennzahlen = 76 %)

- Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 11 Kennzahlen = 22 %)

- Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht neben den Daten aus dem 1. diesjährigen Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2015 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler/Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
----------	-----	------	-----	-------------	---

## 1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

### 1 Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)

- a Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten  
Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Durchschnittswert aus 237 Fragebögen.

Hinweis: Das Bürgerbüro ist zum 01.11.2015 in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung "Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur" gewechselt (Kennzahlen zum Bürgerbüro waren vormals bei Produkt 1081 - Zentrale Dienste und Fuhrpark - ausgewiesen).

<b>II/2016</b>	<b>2</b>	<b>1,24</b>	<b>1,5</b>	
<b>I/2016</b>	<b>2</b>	<b>1,26</b>	<b>1,5</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>2</b>	<b>1,18</b>	<b>-41 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>2</b>	<b>1,21</b>	<b>-40 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>2</b>	<b>1,24</b>	<b>-38 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>2</b>	<b>1,27</b>	<b>-37 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>2</b>	<b>1,33</b>	<b>-34 %</b>	

- b Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro  
Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

<b>II/2016</b>	<b>2</b>	<b>1,20</b>	<b>1,5</b>	
<b>I/2016</b>	<b>2</b>	<b>1,21</b>	<b>1,5</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>2</b>	<b>1,15</b>	<b>-43 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>2</b>	<b>1,20</b>	<b>-40 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>2</b>	<b>1,24</b>	<b>-38 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>2</b>	<b>1,26</b>	<b>-37 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>2</b>	<b>1,27</b>	<b>-37 %</b>	

**Produkt:**

- c Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt  
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
<b>II/2016</b>	<b>2</b>	<b>1,15</b>	<b>1,5</b>	
<b>I/2016</b>	<b>2</b>	<b>1,14</b>	<b>1,5</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>2</b>	<b>1,13</b>	<b>-44 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>2</b>	<b>1,21</b>	<b>-40 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>2</b>	<b>1,21</b>	<b>-40 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>2</b>	<b>1,18</b>	<b>-41 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>2</b>	<b>1,18</b>	<b>-41 %</b>	

**1051 Personalmanagement und -entwicklung****1 Deckelung der Personalaufwendungen**

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

Gründe der Abweichung: Bei den Personalaufwendungen wird zum Stand 31.08.2016 gegenüber der Veranschlagung 2016 insgesamt ein Minderbedarf i. H. v. rd. -277,7 T€ prognostiziert. Dieser prognostizierte Minderbedarf gegenüber dem Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen: Mehraufwendungen resultieren im Bereich der Abteilung Soziales, des Jugendamtes und des Ausländer- und Migrationsamtes, bedingt durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen, in Höhe von rd. +355,0 € sowie aus einem voraussichtlich erhöhten Aufwand für Auszubildende in Höhe von rd. +114,0 T€. Ferner sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. +1,0 T€ aus einer Erhöhung der Beiträge zur Unfallversicherung zu verzeichnen.

Einsparungen in Höhe von rd. -50,0 T€ werden aufgrund nicht steuerbarer Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer prognostiziert. Ferner hatten Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen bis zum Stichtag 31.08.2016 gegenüber der Veranschlagung zum Haushalt 2016 Minderausgaben in Höhe von rd. -282,0 T€ zur Folge. Zusätzlich können nach dem derzeitigen Stand - bedingt durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen – gegenüber der Veranschlagung bis zum Jahresende voraussichtlich Einsparungen in Höhe von rd. -415,7 T€ erzielt werden. Diese Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere: verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteilen) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten).

<b>II/2016</b>	<b>36,6367</b>	<b>22,3885</b>	<b>36,3590</b>	
<b>I/2016</b>	<b>36,6367</b>	<b>11,0925</b>	<b>36,74</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>33,3757</b>	<b>32,8918</b>	<b>-1,5 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>36,0511</b>	<b>34,7378</b>	<b>-3,6 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>33,9179</b>	<b>32,9709</b>	<b>-3 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>32,4707</b>	<b>32,3247</b>	<b>-0,5 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>31,4555</b>	<b>32,5287</b>	<b>3 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>31,143</b>	<b>32,5655</b>	<b>5 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>30,6</b>	<b>30,9</b>	<b>1 %</b>	

**Produkt:**

2

Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen  
 Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in Mio. €/Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €  
 Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1. Zudem in der Prognose gesunkene Summe der ordentlichen Aufwendungen im Gesamtergebnishaushalt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2016	8,72 %	sh. Erl.	9,38 %	
I/2016	8,72 %	sh. Erl.	9,21 %	
JA 2015	9,96 %	9,65 %	-3 %	
JA 2014	10,76 %	10,70 %	-0,6 %	
JA 2013	10,45 %	10,6 %	1 %	
JA 2012	10,09 %	10,21 %	1 %	
JA 2011	9,93 %	10,47 %	5 %	
JA 2010	10,02 %	10,77 %	7 %	
JA 2009	10,17 %	10,48 %	3 %	
II/2016	36,6367 / 420,2454	sh. Erl.	36,3590 / 387,5062	

**1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern****1 Mind. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung**

Anteil Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es kommt immer auf die tatsächlich besetzten Stellen zum Stichtag an.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bei Unterrepräsentanz werden in den Stellenausschreibungen besonders Frauen aufgefordert, sich zu bewerben.

II/2016	min. 50 %	53 %	54 %	
I/2016	min. 50 %	54 %	56 %	
JA 2015	min. 50 %	57 %	14 %	
JA 2014	min. 50 %	58 %	16 %	
II/2016	min. 23 / 45	20 / 38	21 / 39	

**2 6 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung**

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Führungskräfte, die ihre Arbeitszeit entweder erhöht oder reduziert haben.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: In den Ausschreibungen wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Stelle grundsätzlich teilbar ist.

II/2016	6	5	5	
I/2016	6	4	4	
JA 2015	8	5	-38 %	
JA 2014	8	4	-50 %	

**Produkt:**

HHJ      Plan      Ist      Prog./ Abw.      M

**3 2 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung**

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Keine weitere Führungsposition in Jobsharing.

II/2016	2	1	1	
I/2016	2	1	1	
JA 2015	2	1	-50 %	
JA 2014	2	1	-50 %	

**1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen****1 Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten**Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten)  
(gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt = Empfang Wartemarke bis zum letzten Bearbeitungsschritt = Zahlung an der Kasse)

Gründe der Abweichung: Zwei neue Mitarbeiterinnen, die noch in der Anlernphase sind und ein Langzeiterkrankter (Vollzeit).

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Zunehmende Einarbeitung der beiden neuen Mitarbeiterinnen und Klärung der Langzeiterkrankung (evtl. Rentenbescheid).

II/2016	max. 30	37	35	
I/2016	max. 30	26,5	30	
JA 2015	max. 30	47	57 %	
JA 2014	max. 30	37	23 %	
JA 2013	max. 30	33	10 %	
JA 2012	max. 30	23	-23 %	
JA 2011	max. 30	35	17 %	
JA 2010	max. 30	32	7 %	

**1300 Fleischhygiene****1 Vollständige Schlachtier- und Fleischuntersuchung**

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

II/2016	100 %	100 %	100 %	
I/2016	100 %	100 %	100 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
JA 2009	100 %	100 %	0 %	
II/2016	235.000 / 235.000	184.449 / 184.449	235.000 / 235.000	



**Produkt:****2 Vollständiger Verbraucherschutz**

Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
<b>II/2016</b>	<b>95 %</b>	<b>99,9 %</b>	<b>95 %</b>		
<b>I/2016</b>	<b>95 %</b>	<b>99,9 %</b>	<b>95 %</b>		
<b>JA 2015</b>	<b>95 %</b>	<b>99,9 %</b>	<b>5 %</b>		
<b>JA 2014</b>	<b>95 %</b>	<b>99,9 %</b>	<b>5 %</b>		
<b>JA 2013</b>	<b>95 %</b>	<b>99,9 %</b>	<b>5 %</b>		
<b>JA 2012</b>	<b>96 %</b>	<b>99 %</b>	<b>3 %</b>		
<b>JA 2011</b>	<b>95 %</b>	<b>97 %</b>	<b>2 %</b>		
<b>JA 2010</b>	<b>95 %</b>	<b>95 %</b>	<b>0 %</b>		
II/2016	223.250 / 235.000	184.399 / 184.449	223.250 / 235.000		

**1311 Allgemeines Veterinärwesen****1 Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen**

Anzahl der überprüften Tierhaltungen

Gründe der Abweichung: Aufgrund höherer Verstöße im Bereich der Tierseuchenbekämpfung muss der Schwerpunkt der Kontrolltätigkeit verschoben werden.

<b>II/2016</b>	<b>500</b>	<b>257</b>	<b>400</b>	
<b>I/2016</b>	<b>500</b>	<b>135</b>	<b>500</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>700</b>	<b>406</b>	<b>-42 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>890</b>	<b>331</b>	<b>-63 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>890</b>	<b>373</b>	<b>-58 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>935</b>	<b>564</b>	<b>-40 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>1.000</b>	<b>638</b>	<b>-36 %</b>	

**2 Schutz des Verbrauchers durch Überprüfung von Lebensmittelbetrieben**

Anzahl der vorgefundenen Verstöße / Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung

<b>II/2016</b>	<b>50 %</b>	<b>56 %</b>	<b>50 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>50 %</b>	<b>57 %</b>	<b>50 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>50 %</b>	<b>50 %</b>	<b>0 %</b>	
II/2016	800 / 1.600	625 / 1.122	800 / 1.600	

**Produkt:**

HHJ      Plan      Ist      Prog./ Abw. M

**3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung**Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung  
gesamt

<b>II/2016</b>	<b>76</b>	<b>32</b>	<b>76</b>	
<b>I/2016</b>	<b>76</b>	<b>14</b>	<b>76</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>76</b>	<b>65</b>	<b>-14 %</b>	

**4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)**

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

Gründe der Abweichung: Es wurden mehr Verstöße im Bereich der Tierseuchenbekämpfung festgestellt, sodass im Jahr 2016 mehr Kontrollen durchgeführt werden müssen.

<b>II/2016</b>	<b>250</b>	<b>215</b>	<b>300</b>	
<b>I/2016</b>	<b>250</b>	<b>114</b>	<b>250</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>320</b>	<b>334</b>	<b>4 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>320</b>	<b>298</b>	<b>-7 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>320</b>	<b>349</b>	<b>9 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>315</b>	<b>81</b>	<b>-74 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>320</b>	<b>293</b>	<b>-8 %</b>	

**5 Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern**

Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind

<b>II/2016</b>	<b>100 %</b>	<b>41 %</b>	<b>100 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>100 %</b>	<b>0 %</b>	<b>100 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>0 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>0 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>0 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>0 %</b>	
<b>II/2016</b>	<b>45 / 45</b>	<b>11 / 27</b>	<b>45 / 45</b>	

**Produkt:**

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

**1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte****1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße**

Anzahl der Personen, die durchgängig an einem Integrationskurs teilgenommen haben / gesamte Integrationskursteilnehmer/-innen (IKT) (betrachtet werden die letzten 10 beendeten Kurse)

<b>II/2016</b>	<b>80 %</b>	<b>81 %</b>	<b>80 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>80 %</b>	<b>86 %</b>	<b>80 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>80 %</b>	<b>82 %</b>	<b>3 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>80 %</b>	<b>64 %</b>	<b>-20 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>80 %</b>	<b>80 %</b>	<b>0 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>80 %</b>	<b>79 %</b>	<b>-1 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>80 %</b>	<b>70 %</b>	<b>-13 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>80 %</b>	<b>71 %</b>	<b>-11 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>88 %</b>	<b>80 %</b>	<b>-9 %</b>	
II/2016	160 / 200	149 / 184	160 / 200	

**1361 Brand- und Katastrophenschutz****1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist**

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen

Gründe der Abweichung: Erforderliche Bearbeitung von baurechtliche Stellungnahmen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Beratungen auf das Notwendigste beschränken und mehr Begehungen terminieren.

<b>II/2016</b>	<b>100 %</b>	<b>41 %</b>	<b>70 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>100 %</b>	<b>27 %</b>	<b>70 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>100 %</b>	<b>46 %</b>	<b>-54 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>100 %</b>	<b>86 %</b>	<b>-14 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>100 %</b>	<b>87 %</b>	<b>-13 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>100 %</b>	<b>92 %</b>	<b>-8 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>69 %</b>	<b>61 %</b>	<b>-12 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>69 %</b>	<b>53 %</b>	<b>-23 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>100 %</b>	<b>59 %</b>	<b>-41 %</b>	
II/2016	200 / 200	81 / 200	140 / 200	

**Produkt:**

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

**2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass**

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft

II/2016	min. 6	8	8	
I/2016	min. 6	8	8	
JA 2015	min. 6	8	0 %	
JA 2014	min. 6	8	33 %	
JA 2013	min. 6	8	33 %	
JA 2012	min. 6	8	33 %	
JA 2011	min. 6	8	33 %	
JA 2010	min. 6	8	33 %	
JA 2009	min. 6	7	17 %	

**3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder**

Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.

Gründe der Abweichung: Ausscheiden von Kolleginnen und Kollegen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Rekrutierung wird im Oktober 2016 neu aufgenommen.

II/2016	100	70	70	
I/2016	100	70	70	
JA 2015	100	70	-30%	
JA 2014	100	89	-11 %	
JA 2013	100	92	-8 %	
JA 2012	100	94	-6 %	
JA 2011	100	95	-5 %	
JA 2010	95	91	-4 %	
JA 2009	92	86	-7 %	

**4 Katastrophenschutz: Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder**

Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder

Gründe der Abweichung: Abordnung eines Sachbearbeiters zum Rettungsdienst.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es fand eine Veranstaltung mit Vertretern des Kreisverbindungskommandos und der Einsatzleitwagen-2-Mannschaft (ELW2) statt. Mit der Ausbildung der Stabsmitglieder aus der Verwaltung wird im Oktober 2016 begonnen.

II/2016	min. 4	2	4	
I/2016	min. 4	0	4	
JA 2015	min. 4	2	-50 %	
JA 2014	min. 4	5	25 %	
JA 2013	min. 4	5	25 %	
JA 2012	min. 4	5	25 %	
JA 2011	min. 4	6	50 %	
JA 2009	-	6	-	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

**2080 Schülerbeförderung**

**1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

II/2016	max. 2	0,80	1,29	
I/2016	max. 2	0,48	1,45	
JA 2015	max. 2	1,12	-44 %	
JA 2014	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2013	max. 2	0,44	-78 %	
JA 2012	max. 2	0,42	-79 %	
JA 2011	max. 2	0,52	-74 %	
JA 2010	ohne	2	-	
II/2016	max. 13 / 6.225	5 / 6.225	8 / 6.225	

**2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Gründe der Abweichung: Das Straßennetz im Kreis Bergstraße ist auch in 2016 wieder massiv von Baumaßnahmen betroffen. Aufgrund großräumiger Umleitungen entstehen neue Verkehrsbeziehungen, die dann aufgrund erhöhtem Verkehrsaufkommens zu Verspätungen führen können.

II/2016	max. 2	3,69	5,62	
I/2016	max. 2	1,61	4,82	
JA 2015	max. 2	5,12	-156 %	
JA 2014	max. 2	1,59	-21 %	
JA 2013	max. 2	2,66	33 %	
JA 2012	max. 2	2,23	12 %	
JA 2011	max. 2	3,90	95 %	
JA 2010	ohne	2	-	
II/2016	max. 13 / 6.225	23 / 6.225	35 / 6.225	

**Produkt:****3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
<b>II/2016</b>	<b>max. 2</b>	<b>0,16</b>	<b>0,32</b>		
<b>I/2016</b>	<b>max. 2</b>	<b>0,16</b>	<b>0,48</b>		
<b>JA 2015</b>	<b>max. 2</b>	<b>0,32</b>	<b>-84 %</b>		
<b>JA 2014</b>	<b>max. 2</b>	<b>0,48</b>	<b>-76 %</b>		
<b>JA 2013</b>	<b>max. 2</b>	<b>0,15</b>	<b>-93 %</b>		
<b>JA 2012</b>	<b>max. 2</b>	<b>0,56</b>	<b>-72 %</b>		
<b>JA 2011</b>	<b>max. 2</b>	<b>0,26</b>	<b>-87 %</b>		
<b>JA 2010</b>	<b>ohne</b>	<b>1</b>	<b>-</b>		
II/2016	max. 13 / 6.225	1 / 6.225	2 / 6.225		

**2100 Kreisvolkshochschule****1 Niedrige Ausfallquote**

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

<b>II/2016</b>	<b>max 25 %</b>	<b>19 %</b>	<b>19 %</b>		
<b>I/2016</b>	<b>max 25 %</b>	<b>18 %</b>	<b>18 %</b>		
<b>JA 2015</b>	<b>max 25 %</b>	<b>16 %</b>	<b>-36 %</b>		
<b>JA 2014</b>	<b>max 25 %</b>	<b>21 %</b>	<b>-16 %</b>		
<b>JA 2013</b>	<b>max 25 %</b>	<b>20 %</b>	<b>-20 %</b>		
<b>JA 2012</b>	<b>max 25 %</b>	<b>17 %</b>	<b>-32 %</b>		
<b>JA 2011</b>	<b>max 25 %</b>	<b>17 %</b>	<b>-32 %</b>		
<b>JA 2010</b>	<b>max 25 %</b>	<b>17 %</b>	<b>-32 %</b>		
<b>JA 2009</b>	<b>max 25 %</b>	<b>15 %</b>	<b>-40 %</b>		
II/2016	max. 232 / 925	92 / 474	176 / 925		

**Produkt:****2**

Deckungsbeitrag Stufe 1 (Zielwert: 1,4)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenonorare (je in €)

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, dass die KVHS in großem Umfang mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Diese Deutschkurse sind nur mit einem kleinen Aufschlag für den Verwaltungsaufwand der KVHS berechnet. Das Verhältnis Teilnehmergebühr zu Dozentenonorar beläuft sich hier nur auf 1,2. Außerdem gingen im Frühjahrssemester die Anmeldezahlen in den regulären Volkshochschulkursen zurück, sodass insgesamt von einer reduzierten Kursauslastung auszugehen ist.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Der demographische Wandel der Gesellschaft schlägt sich auf die Anmeldezahlen der KVHS nieder.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Quotient aus Gebühreneinnahmen und Honorarausgaben).

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2016	1,5	1,5	1,4	
I/2016	1,5	3,6	1,4	
JA 2015	1,5	1,5	0 %	
JA 2014	1,4	1,4	0 %	
JA 2013	1,4	1,4	0 %	
JA 2012	1,4	1,4	0 %	
JA 2011	1,3	1,4	8 %	
JA 2009	-	1,3	-	
II/2016	516.000 / 352.800	359.800 / 241.400	661.200 / 489.500	

**3**

Kostendeckung (Zielwert: 51:49)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, dass die KVHS in großem Umfang mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Die Erträge aus den Deutschkursen senken den Kreiszuschuss.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
II/2016	52:48	sh. Erl.	58:42	
I/2016	52:48	sh. Erl.	58:42	
JA 2015	53:47	56:44	6 %	
JA 2014	52:48	48:52	-8 %	
JA 2013	51:49	52:48	2 %	
JA 2012	52:48	54:46	4 %	
JA 2011	51:49	52:48	2 %	
JA 2009	-	54:46	-	
II/2016	516.000 / 480.400	sh. Erl.	661.200 / 478.000	

**Produkt:**

4

Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE) (Zielwert maximal 32 €)

Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in € / UE

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, dass die KVHS in großem Umfang mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Durch die höheren Erträge aus den Deutschkursen sinkt der Kreiszuschuss. Gleichzeitig steigt die Zahl der Unterrichtseinheiten.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein:

Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten).

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
<b>II/2016</b>	<b>32</b>	<b>sh. Erl.</b>	<b>29</b>	
<b>I/2016</b>	<b>32</b>	<b>sh. Erl.</b>	<b>29</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>30</b>	<b>27</b>	<b>10 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>32</b>	<b>37</b>	<b>16 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>30</b>	<b>28</b>	<b>-7 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>28</b>	<b>30</b>	<b>7 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>-</b>	<b>26</b>	<b>-</b>	
II/2016	480.400 / 15.000	sh. Erl.	478.000 / 16.400	

**3120 Unterhaltsvorschussleistungen****1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %**

Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./. Einnahmen nach § 5 UVG

Gründe der Abweichung: Rückzahlungen von Unterhaltsvorschüssen sind immer in Abhängigkeit von der Zahlungsfähigkeit der Unterhaltsverpflichteten zu sehen. Nach wie vor ist der Fachbereich durch Langzeiterkrankungen unterbesetzt.

<b>II/2016</b>	<b>20 %</b>	<b>18,4 %</b>	<b>20 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>20 %</b>	<b>23 %</b>	<b>20 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>20 %</b>	<b>16,1%</b>	<b>-19 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>20 %</b>	<b>13,2 %</b>	<b>-34 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>20 %</b>	<b>12 %</b>	<b>-40 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>20 %</b>	<b>14,6 %</b>	<b>-27 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>20 %</b>	<b>12,8 %</b>	<b>-36 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>15 %</b>	<b>12,6 %</b>	<b>-15 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>20 %</b>	<b>16,9 %</b>	<b>-16 %</b>	
II/2016	-	222.142 / 1.205.738	-	



**Produkt:**

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

**2 Aufgrund der abgeschlossenen Umorganisation des Bereichs UVG ist die Fallbearbeitung bei Neuansträgen auf dem aktuellen Stand (Vermeidung von Rückständen)**

Fälle in Bearbeitung / Neuansträge

Gründe der Abweichung: Aufgrund von zwei langzeiterkrankten Mitarbeiter/-innen kann eine 100%ige Sachbearbeitung derzeit nicht gewährleistet werden.

II/2016	100 %	65 %	80 %	
I/2016	100 %	76 %	100 %	
JA 2015	100 %	93,5%	-6,5 %	
II/2016	-	1.152 / 1.772	-	

**3 Bei einer Besetzung von drei befristeten Stellen für die Bearbeitung der Altfälle sind bis Jahresende 50 % der noch nicht abgeschlossenen Altfälle in Bearbeitung und 40 % der Altfälle abgeschlossen bzw. abschließend geklärt****a Fälle in Bearbeitung / noch nicht abgeschlossene Altfälle**

Gründe der Abweichung: Von den drei geplanten Projektstellen steht derzeit nur eine 80%-Arbeitskraft für die Bearbeitung der Altfälle zur Verfügung. Mit einer Nachbesetzung der vakanten Stellen wird derzeit nicht gerechnet.

Die Quote berechnet sich aus der Zahl der noch nicht abgeschlossenen Altfälle (1.366 zum Stichtag 31.08.2016) und nicht aus dem Altbestand insgesamt.

II/2016	50 %	56 %	67 %	
I/2016	50 %	46 %	50 %	
JA 2015	50 %	26 %	-48 %	
II/2016	852 / 1.704	765 / 1.366	852 / 1.279	

**b Abgeschlossene Fälle / Altfälle**Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 3a.  
Die Quote berechnet sich aus der Gesamtzahl der Altfälle.

II/2016	40 %	16 %	20 %	
I/2016	40 %	14 %	25 %	
JA 2015	20 %	11 %	-45 %	
II/2016	854 / 2.131	332 / 2.131	426 / 2.131	

**3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege****1 Bis zur Sitzungsrunde der Kreisgremien nach der Sommerpause ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales ein Konzept zur Unterbringung sowohl seelisch als auch geistig und körperlich behinderter Kinder in Tagespflege erstellt**

Vorliegendes Konzept

Gründe der Abweichung: Das Konzept befindet sich immer noch in der Entwurfsphase

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Für 2017 ist ein neues Rahmenkonzept für die Tagespflege geplant, in das das geplante Konzept für die Integration von Kindern mit (seelischer, körperlicher und geistiger) Behinderung einfließen wird.

II/2016	1	0	1	
I/2016	1	0	1	
JA 2015	1	0	-100 %	

**3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen****1 Umsetzung des Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung und Umsteuerung der Sozialen Arbeit an Schulen im Kreis Bergstraße****"Von der Einzelfallhilfe zur systemischen Förderung"**

Teilnehmende Grund- und Förderschulen

II/2016	81 %	88 %	92 %	
I/2016	81 %	81 %	n.n.	
JA 2015	67 %	81 %	21 %	
II/2016	39 / 48	42 / 48	44 / 48	

**2 Bis zum 31.12.2016 wurde der "Familienrat" in mindestens 5 Familien durchgeführt**

Anzahl der Familien mit durchgeführtem "Familienrat"

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Derzeit findet die Maßnahme "Familienrat" in drei Familien statt, eine Hilfe wurde bereits beendet. Ob bis zum Jahresende weitere Familien für diese Hilfeart in Frage kommen, ist derzeit nicht absehbar.

II/2016	5	4	5	
I/2016	5	4	5	
JA 2015	5	4	-20 %	

**3170 Hilfe zur Erziehung****1 Nach Übernahme der Umsteuerung in den Regelbetrieb des Jugendamtes wird der Pflegekinderdienst weiterhin einen Schwerpunkt auf die Akquise von neuen Pflegestellen legen.**

Anzahl neu gewonnener Pflegestellen

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Von den neun gewonnenen Pflegestellen waren sieben für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMAs) geeignet.

II/2016	5	9	9	
I/2016	5	1	5	
JA 2015	5	9	80 %	
JA 2014	5	10	100 %	

**2 Steigerung der Anzahl der in Pflegestellen untergebrachten Kinder um 1 % auf Basis der Quote vom 20.04.2014 (= 52 % Vollzeitpflege, 48 % Heimerziehung)**

Quote Vollzeitpflege

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: (Hinweis zu Veränderung gegenüber Controllingbericht I/2016: Ohne Berücksichtigung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (uMAs), da diese auch nicht in der Planung der Kennzahl enthalten waren.)

II/2016	54 %	57 %	57 %	
I/2016	54 %	30 %	n.n.	
JA 2015	53 %	36 %	-32 %	
II/2016	-	146 / 109	-	

**3200 Eingliederungshilfe**

**1 Im Jahr 2016 wird mindestens ein neuer Anbieter für Autismustherapie akquiriert**

Anzahl der neu akquirierten Anbieter für Autismustherapie

<b>II/2016</b>	<b>min. 1</b>	<b>0</b>	<b>min. 1</b>	
<b>I/2016</b>	<b>min. 1</b>	<b>0</b>	<b>min. 1</b>	

Gründe der Abweichung: Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

**3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe**

**1 Im Jahr 2016 wird die Zahl der Bereitschaftspflegestellen auf einem Niveau von 10 gehalten**

Anzahl der Bereitschaftspflegestellen

<b>II/2016</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	<b>10</b>	
<b>I/2016</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>0 %</b>	

Gründe der Abweichung: Unterjährige Schwankungen.

**5030 Bauleitplanung**

**1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)**

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

<b>II/2016</b>	<b>80 %</b>	<b>86 %</b>	<b>80 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>80 %</b>	<b>88 %</b>	<b>80 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>80 %</b>	<b>77 %</b>	<b>-4 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>80 %</b>	<b>76 %</b>	<b>-5 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>85 %</b>	<b>78 %</b>	<b>-8 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>85 %</b>	<b>71 %</b>	<b>-16 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>85 %</b>	<b>84 %</b>	<b>-1 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>85 %</b>	<b>91 %</b>	<b>7 %</b>	
<b>II/2016</b>	<b>80 / 100</b>	<b>55 / 64</b>	<b>80 / 100</b>	

**5040 Geoinformationssystem (GIS)**

**1 Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement**

a Anzahl Projekt- und Kartenabrufe sowie Downloads Bürger-GIS und Intranet-GIS

II/2016	800.000	565.710	800.000	
I/2016	800.000	228.061	800.000	
JA 2015	800.000	735.045	-8 %	
JA 2014	800.000	2.052.983	157 %	
JA 2013	750.000	734.184	-2 %	
JA 2012	300.000	810.656	170 %	
JA 2011	88.000	727.852	727 %	
JA 2010	80.000	86.275	8 %	
JA 2009	75.000	76.412	2 %	

b Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Stunden)

Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll

II/2016	98 %	99 %	98 %	
I/2016	98 %	99 %	98 %	
JA 2015	98 %	99 %	1 %	
JA 2014	98 %	98 %	0 %	
JA 2013	98 %	98 %	0 %	
JA 2012	98 %	98 %	0 %	
JA 2011	98 %	96 %	-2 %	
JA 2009	98 %	98,5 %	2 %	

II/2016	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	2.168 / 2.190 + 582 / 588	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	
---------	--	------------------------------------	--	--

**5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung****1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Der Ist-Wert (74 Tage) zum 2. Controllingbericht weicht um einen Tag gegenüber dem Prognosewert (75 Tage) zum 1. Controllingbericht ab. Eine Erreichung des Planwertes 2016 im Bewertungszeitraum wird aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle und Inanspruchnahme Elternzeit voraussichtlich nicht möglich sein.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Gegenwärtig läuft das Stellenbesetzungsverfahren im Rahmen einer (neuen) Elternzeitvertretung. Mit einer Besetzung der Stelle ist vor November 2016 nicht auszugehen.

<b>II/2016</b>	<b>max. 60</b>	<b>74</b>	<b>75</b>	
<b>I/2016</b>	<b>max. 60</b>	<b>82</b>	<b>75</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>max. 60</b>	<b>70</b>	<b>17 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>max. 60</b>	<b>70</b>	<b>17 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>max. 60</b>	<b>88</b>	<b>47 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>max. 60</b>	<b>69</b>	<b>15 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>max. 60</b>	<b>56</b>	<b>-7 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>max. 60</b>	<b>46</b>	<b>-23 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>max. 60</b>	<b>59</b>	<b>-2 %</b>	

**5070 Denkmalschutz****1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen**

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

<b>II/2016</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,10 %</b>	<b>0,29 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,04 %</b>	<b>0,29 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,21 %</b>	<b>-79 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,08 %</b>	<b>-92 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,21 %</b>	<b>-79 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,23 %</b>	<b>-77 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,14 %</b>	<b>-86 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,16 %</b>	<b>-84 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>max. 1 %</b>	<b>0,42 %</b>	<b>-58 %</b>	
<b>II/2016</b>	<b>max. 52 / 5.250</b>	<b>5 / 5.250</b>	<b>15 / 5.250</b>	

**5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen****1 Fertigung des Zweitbescheides mit vorangegangener Anhörung zur Durchführung der vorgeschriebenen Schornsteinfegerarbeiten auf der Grundlage des Feuerstättenbescheides von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Fertigung Zweitbescheid (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Optimierung der Arbeitsabläufe mit den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern.

II/2016	max. 50	45	47	
I/2016	max. 50	42	45	
JA 2015	max. 50	42	-16 %	

**5090 Verwaltung der Kreisstraßen****1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)**

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke (112,1 km; Stichtag: 31.12.2016)

Gründe der Abweichung: Die Maßnahme "K55, Erneuerung Abzweig Raidelbach - Gadernheim" wird erst in 2017 durchgeführt. Die erwartete Verbesserung der Zustandsklasse entfällt daher in 2016. Dies erklärt aber nicht den Anstieg des Prognosewertes II/2016 um 0,26. Dieser ergibt sich aus den Ergebnissen der Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) 2015, die zum Zeitpunkt des I. Controllingberichts 2016 noch nicht vorlagen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Um für alle Kreisstraßen die Zustandsklasse 3,5 als Obergrenze zu erreichen, sind entsprechende Mittel für die erforderlichen Investitions- und (Wert-)erhaltungsmaßnahmen bereitzustellen, die deutlich über das derzeitige Niveau hinausgehen müssen. Insbesondere sind Erhaltungsmaßnahmen, grundlegende Erneuerungen und Deckenerneuerungen - auch ohne Förderung durch Bund und Land - notwendig, um den Werteverzehr aufzuhalten. Insbesondere auch im Bereich der Ingenieurbauwerke (Über- und Unterführungen, Stützbauwerke) - deren Zustand sich nicht in der Zustandsklasse spiegelt - ist in den kommenden Jahren mit größerem Erhaltungs-, Instandsetzungs- und Ersatzneubauaufwand zu rechnen.

II/2016	3,79	4,00	4,08	
I/2016	3,79	3,92	3,82	
JA 2015	3,95	3,92	-0,8 %	
JA 2014	4,19	4,02	-4 %	
JA 2013	4,09	4,07	-0,5 %	
JA 2012	4,37	4,21	-4 %	
JA 2011	4,22	4,11	-3 %	
JA 2010	3,95	4,22	7 %	
JA 2009	3,95	4,14	5 %	

**5100 Öffentlicher Personennahverkehr**

**1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots**

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

<b>II/2016</b>	<b>max. 6</b>	<b>2,05</b>	<b>3,08</b>	
<b>I/2016</b>	<b>max. 6</b>	<b>0,96</b>	<b>2,89</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>max. 6</b>	<b>1,68</b>	<b>-72 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>max. 6</b>	<b>2,3</b>	<b>-62 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>max. 6</b>	<b>2,2</b>	<b>-63 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>max. 7</b>	<b>1,5</b>	<b>-79 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>max. 7</b>	<b>2,1</b>	<b>-70 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>max. 7</b>	<b>2,4</b>	<b>-66 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>max. 7</b>	<b>2,4</b>	<b>-66 %</b>	
II/2016	max 386 / 6.437.000	132 / 6.437.000	198 / 6.437.000	

**5141 Boden- und Gewässerschutz**

**1 Erhalt und Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag**

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Gründe der Abweichung: Die in 2016 vorgelegten Kooperationsverträge für die Wasserschutzgebiete zwischen Wasserversorgern und Landwirten konnten noch nicht abgeschlossen werden, da diese nochmals überarbeitet werden mussten. Weitere Vertragsverhandlungen dauern noch an.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Die in 2016 vorgelegten Kooperationsverträge werden derzeit nochmals überarbeitet. Es wird weiterhin versucht, die Abschlüsse der Kooperationsverträge zwischen Wasserversorgern und Landwirten voranzutreiben.

<b>II/2016</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>27</b>	
<b>I/2016</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>27</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>27</b>	<b>24</b>	<b>-11 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>16</b>	<b>24</b>	<b>50 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>16</b>	<b>20</b>	<b>25 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>0 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>15</b>	<b>10</b>	<b>-33 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>15</b>	<b>10</b>	<b>-33 %</b>	
<b>JA 2009</b>	<b>11</b>	<b>10</b>	<b>-9 %</b>	

**6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft****1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren**

Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw.

Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der günstigen Zinskonditionen sowie dem geringeren und späteren Bedarf an Investitionskrediten positiv entwickelt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Istwert II/2016 sind die Zinsen 2016 für bestehende festverzinsliche Investitionskredite bis auf die Zinsabgrenzung (d. h. im Jahr 2017 fällige, jedoch dem Haushaltsjahr 2016 zuzurechnende Zinsen) bereits in voller Höhe enthalten.

<b>II/2016</b>	<b>604.542</b>	<b>356.706</b>	<b>443.551</b>	
<b>I/2016</b>	<b>604.542</b>	<b>339.212</b>	<b>501.056</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>758.346</b>	<b>551.446</b>	<b>-27 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>1.480.417</b>	<b>1.321.246</b>	<b>-11 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>1.703.827</b>	<b>1.430.187</b>	<b>-16 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>1.815.617</b>	<b>1.577.962</b>	<b>-13 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>1.809.218</b>	<b>1.651.822</b>	<b>-9 %</b>	
<b>JA 2010</b>	<b>1.831.602</b>	<b>1.722.660</b>	<b>-14 %</b>	

**2**

Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen

Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1. Zudem in der Prognose gesunkene Summe der ordentlichen Aufwendungen im Gesamtergebnishaushalt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

<b>II/2016</b>	<b>2,00 %</b>	<b>sh. Erl.</b>	<b>1,73 %</b>	
<b>I/2016</b>	<b>2,00 %</b>	<b>sh. Erl.</b>	<b>1,88 %</b>	
<b>JA 2015</b>	<b>3,28 %</b>	<b>1,77 %</b>	<b>-46 %</b>	
<b>JA 2014</b>	<b>3,36 %</b>	<b>1,62 %</b>	<b>-52 %</b>	
<b>JA 2013</b>	<b>3,57 %</b>	<b>1,77 %</b>	<b>-50 %</b>	
<b>JA 2012</b>	<b>4,27 %</b>	<b>1,91 %</b>	<b>-55 %</b>	
<b>JA 2011</b>	<b>3,19 %</b>	<b>2,25 %</b>	<b>-29 %</b>	
<b>II/2016</b>	<b>8,4176 / 420,2454</b>	<b>sh. Erl.</b>	<b>6,6967 / 387,5062</b>	